



BMZ-Materialien

Der Wassersektor

in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (BMZ),
Adenauerallee 139-141
53113 Bonn
Telefon: (+49) 0228/535-0
Fax: (+49) 0228/535-3500
poststelle@bmz.bund.de
Internet: www.bmz.de

Redaktion:

Kirsten Dölle, Mijako Nierenköther, Ingo Baum, Endredaktion: Steffen
Beitz, Martin Kipping

Verantwortlich:

Dr. Manfred Konukiewitz, Hans Hammann

Gestaltung:

design-werk, Wiesbaden

Druck:

Druckerei Koch, Wiesbaden

Fotos:

Titel: BMZ Archiv, S.3: BMZ-Archiv, S.4: BMZ-Archiv, S.5: BMZ-Archiv, S.8:
GTZ Benin, S.10/11: BMZ-Archiv, S.12: GTZ Ghana, S.13: Marc Latzel/GTZ
Jordanien, S.14: GTZ Jemen, S.15: GTZ Sambia, S.17: BMZ Archiv, S. 18:
GTZ Archiv, S. 19: GTZ-Archiv, S. 20: GTZ Jemen, S. 21: Marc Latzel/ GTZ
Jordanien

Stand:

Februar 2006

Inhalt

Vorwort der Bundesministerin	3
1 Wasser – Ein Schlüssel zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele	4
2 Deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor: Leistungen, Partner, Akteure	6
2.1 Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	6
2.2 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	8
3 Herausforderungen und Ansatzpunkte im Wassersektor	9
3.1 Wasserressourcen nachhaltig bewirtschaften	9
3.1.1 Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM)	10
3.1.2 Grenzüberschreitendes Wassermanagement	10
3.2 Wassersektorreformen armutsorientiert gestalten	11
3.3 Effiziente und nachhaltige Trinkwasser- und Sanitärversorgung fördern	13
3.4 Wasser für Ernährung effizient einsetzen	16
3.5 Gemeinsam mehr Wirkung erzielen	18
3.5.1 Europäische Wasser-Initiative (EUWI)	18
3.5.2 EU-Wasserfazität für die AKP-Staaten	18
3.5.3 Globaler Dialog für nachhaltige Dämme	19
3.5.4 G8-Afrika Wasseraktionsplan	19
4 Die Entwicklungsziele im Bereich Trinkwasser- und Sanitärversorgung: Was wurde bisher erreicht?	20
5 Ausblick	21
Abkürzungsverzeichnis	22
Weitere Informationen	23



Fünf Jahre nach Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele sind die Fortschritte im Wasserbereich noch nicht ausreichend. 1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. 2,6 Milliarden Menschen leben ohne sanitäre Basisversorgung. Täglich sterben mehr als 4000 Menschen an Krankheiten, die durch verunreinigtes Wasser verursacht werden. Mehr als 30 Länder südlich der Sahara, Nordafrikas, des Nahen Ostens und Asiens sind von akuter Wasserknappheit bedroht.

Doch es gibt auch ermutigende Entwicklungen im Wassersektor: Insbesondere seit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) steht Wasser ganz oben auf der politischen Agenda. Zahlreiche entwicklungspolitische Maßnahmen, Programme und Kampagnen machen deutlich, dass über die zentrale Bedeutung von Wasser für die menschliche Entwicklung Einigkeit in der internationalen Diskussion besteht.

Die Vereinten Nationen haben für den Zeitraum 2005 bis 2015 eine Wasserdekade unter dem Titel „Wasser zum Leben“ ausgerufen. Politische Initiativen wie der G8-Afrika-Aktionsplan oder die Wasser-Initiative der Europäischen Union (EU) sind Ausdruck des verstärkten Willens von Regierungen der Entwicklungs- und Industrieländer, die Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Die Millenniums-Entwicklungsziele, die nationalen Programme der Partnerländer und das Konzept eines Integrierten Wasserressourcenmanagements sind die wichtigsten Grundlagen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Wasserbereich. Der Handlungsrahmen wird ferner abgesteckt durch die Erklärungen von Monterrey und Johannesburg sowie den EU Konsens zur Entwicklungspolitik.

Internationale Foren wie die von der deutschen Bundesregierung im Jahr 2001 ausgerichtete Internationale Süßwasserkonferenz sind Beispiele für einen zunehmend partizipativen Sektordialog. Regierungen stehen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten internationaler

Organisationen sowie von Nichtregierungsorganisationen in direktem Austausch, um Lösungsansätze zu erarbeiten und gemeinsam zu diskutieren. Nichtregierungsorganisationen wurden in ihren Beteiligungsrechten gestärkt und spielen eine wichtige Rolle als kompetente Dialogpartner und Mahner der Regierungen, die gemachten Versprechen auch einzulösen.

Darüber hinaus müssen wir den Privatsektor an seine Verantwortung erinnern, hinsichtlich der Herausforderungen im Wassersektor Kapital und Expertise beizusteuern. Privatsektorbeteiligung kann zur Verbesserung der Wasserversorgung beitragen. Dabei ist zu betonen, dass Wasserressourcen globale öffentliche Güter sind und somit die Verantwortung dafür auch weiterhin bei den Regierungen liegt.

Die internationale Gebergemeinschaft ist zudem entschlossen, ihr Engagement noch stärker miteinander abzustimmen. Die Paris-Deklaration zur Geberharmonisierung dokumentiert diese Entschlossenheit. Für die Partnerländer bedeutet dies Verfahrensvereinfachungen, die Stärkung nationaler administrativer Systeme und Strukturen sowie besser berechenbare Hilfszuflüsse. Wir haben uns darüber hinaus auf eine stärkere Betonung und Dokumentation der Wirksamkeit unserer Arbeit geeinigt: Es geht nicht länger nur darum, nachzuweisen, welche Leistungen erbracht worden sind, sondern auch, welchen Nutzen sie den Menschen konkret erbracht haben. Die Bundesregierung unterstützt weltweit Programme und Projekte im Wassersektor mit durchschnittlich 350 Mio. Euro im Jahr. Die vorliegende Broschüre informiert über die deutsche EZ im Wassersektor, über Herausforderungen und Antworten, und gibt mit Projektbeispielen einen Einblick in die Umsetzung vor Ort.

*Heidmarie Wiczorek-Zeul,
Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung*

1 Wasser – ein Schlüssel zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele

Im September 2000 kamen die Staats- und Regierungschefs von 189 Ländern zu einem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen (VN) in New York zusammen. Sie verabschiedeten die Millenniums-Deklaration, welche die globalen Herausforderungen und die Agenda für die internationale Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts beschreibt. Aus dem Entwicklungs- und Umweltkapitel wurden acht international vereinbarte Ziele in einer Liste zusammengestellt und mit konkreten Zielvorgaben und Indikatoren belegt: die „Millennium Development Goals“ (MDGs). Mit den Millenniums-Entwicklungszielen hat sich die internationale Staatengemeinschaft erstmals auf die Erreichung überprüfbarer Ziele im Kampf gegen die Armut verpflichtet und damit eine neue Dynamik in die Entwicklungspolitik gebracht. So verpflichtet sie sich unter MDGs 7 dazu, bis 2015 den Anteil der Menschen zu halbieren, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Ebenso soll der Anteil der Menschen halbiert werden, die über keine sanitäre Basisversorgung verfügen.



Fortschritte im Wasser- und Sanitärbereich tragen zudem entscheidend zur Erreichung weiterer MDGs bei, etwa jenen zu Armutsbekämpfung, Gesundheit und Umwelt:

MDGs 1 Armut: Insbesondere arme Menschen in ländlichen Gebieten und den Slums der Großstädte leiden unter mangelhafter Wasserversorgung und Abwasserwirtschaft. Die Armen selbst sehen im fehlenden Zugang zu Wasser häufig eine der wichtigsten Armutsursachen. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und eine verlässliche Versorgung bei erschwinglichen Kosten vermindern die Zahl der Krankheitstage und erhöhen Arbeitsproduktivität und Einkommen. Solcherart verbesserte Lebensbedingungen und damit steigende Bildungschancen sind Voraussetzungen für Arme, sich aus der Armutsfalle zu befreien.

MDGs 2 & 3 Schulbildung und Gleichstellung der Geschlechter: Die Qualität der Wasser- und Sanitärversorgung hat Einfluss auf die gesellschaftliche Stellung und die Bildungschancen von Frauen und Mädchen. Traditionell sind es Frauen und Mädchen, die für ihre Familien täglich bis zu 60 Liter Wasser nach Hause tragen. Die Zeit, die sie dafür aufbringen müssen, fehlt für einkommensschaffende Tätigkeiten, für Schulbesuche, Ausbildung usw. Außerdem sind öffentliche Einrichtungen wie Schulen häufig gar nicht für den Besuch von Frauen und Mädchen eingerichtet: Oft fehlen separate Toiletten, oder es sind gar keine sanitären Einrichtungen vorhanden.

MDGs 4-6 Gesundheit und Krankheitsbekämpfung: Der Zugang zu sicherem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen ist eine wichtige Voraussetzung für eine bessere Gesundheit der Bevölkerung. 80 % aller Krankheiten in Entwicklungsländern



werden durch Krankheitserreger im Wasser verursacht. Diarrhö-Erkrankungen haben fast immer einen direkten Bezug zu verschmutztem Trinkwasser und mangelnder Hygiene. Sie zählen zu den häufigsten Krankheiten in Entwicklungsländern und sind die weltweit zweitgrößte Todesursache von Kindern unter fünf Jahren. Diarrhö ist auch der zweithäufigste Grund für Krankmeldungen bei Beschäftigten in Entwicklungsländern. Insgesamt kosten wasserinduzierte Krankheiten die Entwicklungsländer fünf Milliarden Arbeitstage pro Jahr.

MDGs 7 Umwelt: Schutz und Erhaltung von Naturräumen werden gegenüber dem steigenden Wasserbedarf und -verbrauch vernachlässigt. Vor allem die Ausdehnung der landwirtschaftlich genutzten Flächen bedroht die natürlichen Wasserreservoirs und -regenerationsräume: Feuchtgebiete schrumpfen, Seen, Flüsse und Grundwasser werden übernutzt, die Wasserqualität lässt nach. Ein verbessertes Umweltmanagement und entsprechende Investitionen sorgen für eine nachhaltige Verfügbarkeit der Ressource Wasser.

Weitere Informationen zu den MDG finden Sie unter www.un.org/millenniumgoals

Für die deutsche Bundesregierung ist die schnellstmögliche Versorgung bislang unterversorgter Bevölkerungsgruppen mit hygienischen Wasser- und Sanitär Dienstleistungen von hoher Priorität. Allerdings muss dabei gewährleistet werden, dass diese Versorgung dauerhaft und von den Menschen vor Ort selbst instand zu halten ist. Unter dieser Prämisse stehen auch die Ansatzpunkte des Aktionsprogramms 2015:

Armut bekämpfen – Aktionsprogramm 2015

Das 2001 verabschiedete Aktionsprogramm 2015 stellt den Beitrag der deutschen Bundesregierung zur Erreichung der Millenniums-Deklaration dar, d.h. insbesondere die extreme Armut bis zum Jahr 2015 weltweit zu halbieren. Armutsbekämpfung wird hier als das überwältigende Ziel der globalen Struktur- und Friedenspolitik der Bundesregierung definiert.

Zur Erreichung des Armutshalbierungsziels sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert. Wichtige Aufgabe des Aktionsprogramms 2015 ist es daher auch, die deutsche Öffentlichkeit für die weltweite Armutsbekämpfung zu mobilisieren. Aktivitäten und Initiativen der Bundesregierung alleine reichen nicht aus. Partnerschaften zwischen Staat, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Akteuren unterstreichen, dass die Armutsbekämpfung und damit die EZ gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind.

Das Aktionsprogramm 2015 setzt dieses neue Verständnis von Entwicklungspolitik handlungsorientiert um. Es beinhaltet ein umfassendes Programm mit zehn vorrangigen thematischen Ansatzpunkten und vielfältigen Aktionen aller Ressorts der Bundesregierung. Die Aktionen setzen auf drei Handlungsebenen an: innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, in der multilateralen Politik (internationale Abkommen, Konferenzen, Gremien und Institutionen) sowie bilateral mit den Entwicklungsländern. Unter den Ansatzpunkten „Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen sichern – eine intakte Umwelt erhalten“ und „Soziale Grunddienste gewährleisten – soziale Sicherung stärken“ stellt die Bundesregierung ihre Aktionen und Ansätze im Wassersektor dar.

Informationen zum Aktionsprogramm 2015 finden sich auf der Website www.aktionsprogramm2015.de

2 Deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor: Leistungen, Partner, Akteure

Deutschland ist der weltweit zweitgrößte bilaterale Geber im Wassersektor mit einem jährlichen Fördervolumen von rund 350 Millionen Euro für bilaterale Maßnahmen in insgesamt 28 Schwerpunktländern.

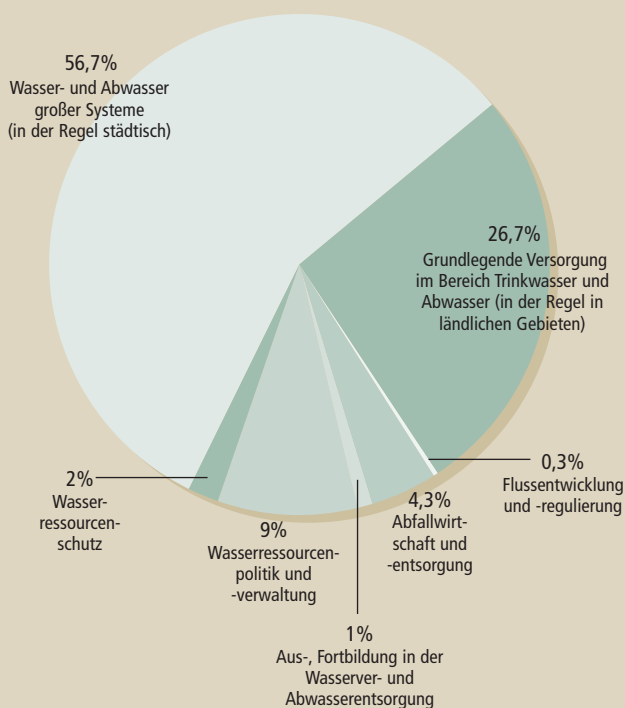
2.1 Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche EZ im Wassersektor hat lange Tradition. Wasserbezogene Entwicklungsvorhaben waren in den vergangenen Jahren der zweitgrößte Investitionsbereich der gesamten deutschen EZ. Die folgenden Graphiken geben einen Überblick zu den Sektoren und Regionen, in welche die bilateral vergebenen Mittel fließen.

Verteilung der bilateralen Mittel im Wassersektor nach Subsektoren

Der Hauptteil der Ausgaben im Wassersektor geht in die Bereiche Wasserversorgung und Abwassermanagement. Rund 11 % der Mittel fließen in die Bereiche Wasserressourcenpolitik, -verwaltung und Wasserressourcenschutz.

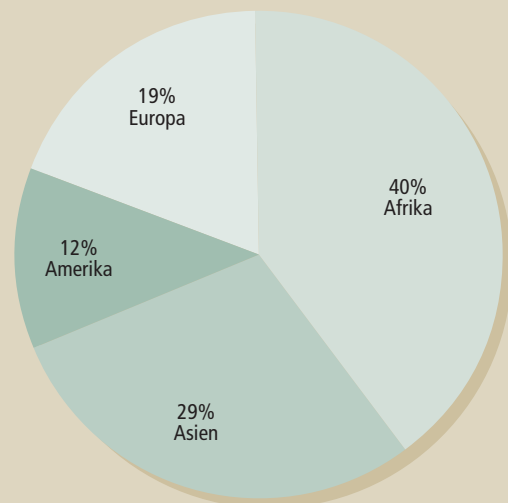
Prozentuale Verteilung der deutschen bilateralen ODA-Mittel im Wassersektor (2003/2004)



Verteilung der bilateralen Mittel im Wassersektor nach Regionen

Der Hauptteil der deutschen EZ im Wassersektor floss in den vergangenen Jahren nach Afrika (40 %) und nach Asien (29 %); etwa 19 % wurden in den südosteuropäischen Staaten und 12 % in Lateinamerika/Mexiko eingesetzt. Insbesondere die Region Afrika südlich der Sahara (Sub-Sahara-Afrika) und Länder des Nahen und Mittleren Ostens werden gefördert.

Prozentuale Verteilung der deutschen bilateralen ODA-Mittel im Wassersektor nach Regionen (2003/2004)



Schwerpunktländer im Wasserbereich

Derzeit unterstützt die Bundesrepublik Deutschland 70 Länder im Rahmen der bilateralen EZ. Auf den Schwerpunkt Wasser konzentriert sich die deutsche EZ dabei in 28 Ländern. Dort findet eine umfassende Zusammenarbeit in verschiedenen Teilbereichen des Wassersektors statt. Daneben hat auch im Wassersektor die Förderung regionaler Kooperationen zwischen Entwicklungsländern und die Unterstützung von Regionalorganisationen an Bedeutung gewonnen.

Übersicht über die Partnerländer der deutschen EZ:

Afrika südlich der Sahara	Asien	Lateinamerika	Mittel-, Ost-, und Südosteuropa	Naher Osten/ Mittelmeerraum
Benin	Afghanistan	Bolivien	Albanien	Ägypten
Burkina Faso	Aserbaidshan	Costa Rica	Bosnien-Herzegovina	Algerien
Burundi		Nicaragua	Mazedonien	Jemen
Eritrea		Peru	Türkei	Jordanien
Guinea				Morokko
Kenia				Palästinensische Gebiete
Mali				Syrien
Sambia				
Sudan				
Tansania				
Uganda				

Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gesteuert. Das BMZ zielt auf die Reduzierung der weltweiten Armut durch die Mitgestaltung der globalen Rahmenbedingungen über den Sektordialog, die Erarbeitung von Entwicklungsstrategien zusammen mit den Partnern und anderen Gebern, sowie die Steuerung der zwischenstaatlichen EZ ab. Ergänzend unterstützt das BMZ Entwicklungsmaßnahmen von deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Die Maßnahmen der bilateralen deutschen EZ werden von Durchführungsorganisationen durchgeführt. Dabei wird zwischen der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) und der technischen Zusammenarbeit (TZ) unterschieden:

Finanzielle Zusammenarbeit (FZ)

Die FZ wird von der KfW-Entwicklungsbank (KfW) durchgeführt. Diese fördert Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur, leistungsfähige Finanzsysteme, Landwirtschaft und Ressourcensicherung, zudem finanziert sie Beratungsleistungen in den Partnerländern. Im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft wird der Auf- und Ausbau von Trinkwassersystemen sowie von Abwasser- sowie Abfallentsorgungssystemen unterstützt. Um die Nachhaltigkeit der geförderten Maßnahmen zu sichern, ist die Durchführung der Vorhaben an die Umsetzung von Reformmaßnahmen gekoppelt. Die Vorhaben der FZ ordnen sich in die nationalen Finanzierungsstrategien der Partnerländer ein.

Technische Zusammenarbeit (TZ)

Die TZ, umgesetzt durch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und die Bundesanstalt

für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), fördert insbesondere institutionelle Reformen in den Partnerländern und die Entwicklung leistungsfähiger Organisationen. Dabei werden Sektorreformprozesse begleitet und die Etablierung entwicklungsförderlicher Norm- und Regelwerke sowie Monitoring- und Informationssysteme für ein nachhaltiges Wasserressourcenmanagement unterstützt. Eine zentrale Rolle spielen der Aufbau und die Entwicklung effizienter und kompetenter Sektororganisationen von der ministeriellen Ebene bis hin zur Ebene der Wasserversorgungs- und Abwassermanagementbetriebe. Die TZ bietet Beratung in komplexen Veränderungsprozessen.

Technische Zusammenarbeit im weiteren Sinne

Im Rahmen der TZ im weiteren Sinne leisten deutsche Durchführungsorganisationen Beiträge zur Stärkung von Personal und Institutionen im Wassersektor. Die Durchführungsorganisation Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) fördert die Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften in Entwicklungs- und Transformationsländern. Im Vordergrund stehen die Stärkung der Managementkompetenz im öffentlichen wie privaten Sektor und die Entwicklung und Verbreitung angepasster Lösungsansätze zum effizienten und effektiven Nutzen der Ressource Wasser. Von großer Bedeutung ist hierbei, dass Aus- und Fortbildung in ein systematisches Gesamtkonzept der Personalentwicklung in den Partnerländern eingebunden ist. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) entsendet Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer und fördert insbesondere kommunale Partner bei der Ausübung Ihrer Aufgaben bei Wasser- Abwasser-, und Abfalldienstleistungen.



Mit den meisten Partnerländern kooperiert die Bundesregierung sowohl über die finanzielle als auch über die technische Zusammenarbeit. Die entsprechenden Durchführungsorganisationen arbeiten in enger Abstimmung und strategischer Arbeitsteilung daran, zusammen mit den Partnerländern das Wasser- und Abwassermanagement zu verbessern. So leisten alle deutschen Akteure einen Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und ihrem übergeordneten Ziel der Armutsreduzierung.

2.2 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Deutschlands öffentliche Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit werden auch über multilaterale Einrichtungen vergeben: Insgesamt erreicht rund ein Drittel der Mittel aus dem BMZ-Etat die Entwicklungsländer über multilaterale Mechanismen.

Das deutsche Engagement in der multilateralen EZ orientiert sich an folgenden Zielen:

- Konsequente Ausrichtung auf Armutsbekämpfung und MDG;
- Mitgestaltung der multilateralen Entwicklungsstrategien mit dem Ziel, die Sektorentwicklung in den Partnerländern positiv zu beeinflussen;
- Weiterentwicklung der deutschen Sektorpolitik auf der Basis des Erfahrungsaustauschs mit Partnerländern und anderen Gebern;
- Entwicklung abgestimmter Strategien, insbesondere innerhalb der EU, um Effizienz, Effektivität und Komplementarität der Ansätze verschiedener Geber in einem Partnerland zu maximieren.

Im Rahmen der multilateralen EZ arbeitet Deutschland eng mit internationalen Organisationen zusammen, die Wassersektor-Programme in Entwicklungs- und Transformationsländern durchführen. Dazu zählen z.B.

das „Water and Sanitation Program“ (WSP) oder die „Global Environment Facility“ (GEF). Darüber hinaus unterstützt Deutschland im Rahmen des internationalen Sektordialogs Institutionen wie die „Global Water Partnership“ (GWP) oder das „Joint Monitoring Programme for Water Supply and Sanitation“ (JMP). Deutschland ist auch personell in internationalen Beratungsgremien vertreten, beispielsweise in dem von VN-Generalsekretär Kofi Annan einberufenen „Advisory Board on Water and Sanitation“. Darüber hinaus unterstützt Deutschland im Rahmen des internationalen Politikdialogs den „Petersberger Prozess“ zu grenzüberschreitender Wasserkooperation und ist Gastgeber von internationalen Wasserkonferenzen. Zur Vorbereitung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) richtete Deutschland beispielsweise 2001 die Internationale Süßwasserkonferenz aus. Die Konferenz legte einen Katalog von Handlungsempfehlungen („Bonn Recommendations for Action“) vor, der in Johannesburg zur Annahme empfohlen wurde. Die deutsche EZ orientiert sich stark an den zentralen Handlungsempfehlungen der Bonner Süßwasserkonferenz (s. dazu auch www.water-2001.de) sowie an den fünf „Bonner Schlüsseln“, die von der Konferenz als Prioritäten für den Wassersektor identifiziert wurden:

1. **Schlüssel:** Sichere Wasserversorgung für die Armen
2. **Schlüssel:** Dezentralisierung
3. **Schlüssel:** Neue Partnerschaften zur Einbindung aller Beteiligten im Wasserbereich
4. **Schlüssel:** Entwicklung kooperativer Regelungen in Wassereinzugsgebieten – auch über Grenzen hinweg
5. **Schlüssel:** Verbesserte politische Rahmenbedingungen

3 Herausforderungen und Ansatzpunkte im Wassersektor

Deutschland unterstützt seine Partnerländer darin, bessere Rahmenbedingungen für den Wassersektor zu schaffen und Sektorreformen umzusetzen. Hierzu setzt die deutsche EZ auf allen Interventionsebenen an: auf Regierungsebene (Makroebene), bei intermediären Institutionen und Organisationen (Mesoebene) sowie auf lokaler Ebene (Mikroebene).

Nur das Ineinandergreifen der Maßnahmen auf allen Ebenen ermöglicht Strukturwirksamkeit: Die deutsche EZ fordert und fördert die Formulierung von nationalen Sektorstrategien der Partner und die Umsetzung entsprechender Reformen. Einzelne Vorhaben werden im Rahmen eines langfristigen Engagements in eine solche nationale Strategie eingebettet und ihre Durchführung an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Oft ermöglicht nur ein schrittweises Vorgehen in Form der Vereinbarung eines Stufenplans und die enge Zusammenarbeit über mehrere Vorhaben hinweg, das Sektorumfeld nachhaltig weiterzuentwickeln.

Viele Partnerländer haben bereits eigene Armutsminderungsstrategien („Poverty Reduction Strategy Papers“ – PRSPs) entwickelt. Die deutsche EZ richtet ihre Schwerpunktstrategien danach aus; das Ziel ist eine kohärente Entwicklungspolitik. Hierzu zählen auch eine zunehmende Verzahnung der Verfahrensweisen von FZ und TZ sowie eine höhere Flexibilität, um innerhalb der abgestimmten Länderansätze und Schwerpunkte auf Veränderungen zu reagieren. Um die Wirksamkeit der EZ zu erhöhen, beteiligt sich Deutschland verstärkt an gemeinsamen Programmen und programmorientierter Gemeinschaftsfinanzierung mit anderen Gebern.

3.1 Wasserressourcen nachhaltig bewirtschaften

Wasserknappheit ist in einigen Regionen der Welt, insbesondere in Nordafrika, im Nahen Osten, und in einigen Ländern des östlichen und südlichen Afrika, zu einem ständigen Problem geworden. Stark wachsende Bevölkerung, rasche Verstädterungsprozesse und zunehmende Industrialisierung führen zu einem wachsenden Bedarf an Trinkwasser, aber auch an Wasser zur Produktion von Nahrungsmitteln, für Industrie, Bergbau und Tourismus. Wasserverschmutzung und die Übernutzung der regenerierbaren Wasserressourcen wirken sich zudem verheerend auf die Lebensfähigkeit wichtiger Ökosysteme aus: Flüsse und Seen kippen um, der Grundwasserspiegel sinkt und Feuchtgebiete trocknen aus.

Der weltweite Klimawandel verschärft regional ungünstige natürliche Rahmenbedingungen. Modelle von Klimaforschern besagen übereinstimmend, dass viele wasserarme Gebiete sich auf einen weiteren Rückgang ihrer natürlichen Wasserressourcen einstellen müssen. In den letzten Jahrzehnten war darüber hinaus eine Zunahme von Extremereignissen wie lang anhaltende Dürren oder Überschwemmungen zu beobachten. Solche Ereignisse haben nicht nur katastrophale wirtschaftliche Folgen für die betroffenen Volkswirtschaften und Regionen, die weit über den Wassersektor hinaus reichen und im Falle von Überschwemmungen weite Bereiche der Infrastruktur (z.B. Transport, Energie) betreffen. Von ihnen sind gerade die Ärmsten der Bevölkerungen am härtesten betroffen, da sie sich am wenigsten gegen Extremereignisse schützen können und häufig in den am stärksten bedrohten Gebieten leben. Diesen Herausforderungen sind Gesellschaften jedoch alles andere als hilflos ausgeliefert. Vielmehr ist die Frage des Wassermanagements von entscheidender Bedeutung.

3.1.1 Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM)

Integriertes Wasserressourcenmanagement (Integrated Water Resources Management – IWRM) ist ein flexibler, prozessorientierter und ganzheitlicher Ansatz zur optimalen Entwicklung von Wasser, Land und der damit in Beziehung stehenden Ressourcen. IWRM zielt auf die Maximierung des gesellschaftlichen Wohles aus der Ressourcennutzung unter Betonung von deren Nachhaltigkeit. Der Ansatz ist inzwischen - auch durch die Unterstützung der deutschen EZ - zum international anerkannten wasserpolitischen Leitbild geworden. Als solches ist er auch für das deutsche Engagement im Wassersektor verbindlich.

IWRM hat im Einzelnen zum Ziel, dass

- Wasser optimal zwischen den verschiedenen Sektoren aufgeteilt und effizient genutzt wird (sektorale Effizienz der Wasserallokation),
- Wasserressourcen für künftige Generationen nachhaltig gesichert werden (intertemporale Effizienz),
- Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzern friedlich und rational gelöst werden (Krisenprävention),
- der Zugang der Armen zu sauberem Trinkwasser und adäquaten Sanitäreinrichtungen zu sozialverträglichen Preisen gesichert ist (Sozialverträglichkeit),
- wasserinduzierte Krankheiten eingedämmt werden (Gesundheit),
- Ökosysteme ihre lebenswichtigen Funktionen erhalten und entfalten können (Artenvielfalt).

3.1.2 Grenzüberschreitendes Wassermanagement

Wasser kennt keine politischen Grenzen. Weltweit werden über 250 Wassereinzugsgebiete von mehr als zwei Staaten geteilt, mehr als 40 % der Weltbevölkerung leben an oder auf grenzüberschreitenden Flüssen, Seen und Grundwasservorkommen. Bei zunehmender Wassernutzung steigt die Konkurrenz um sauberes Wasser in ausreichender Qualität, das den einzelnen Anrainern zur Verfügung steht. Größere Vorhaben wie Bewässerungs- oder Wasserkraftprojekte am Oberlauf eines Flusses können die Wasserverfügbarkeit am Unterlauf empfindlich beeinträchtigen. Die Bundesrepublik Deutschland fördert daher schon seit Jahren – u.a. über den „Petersberger Prozess“ – zwischenstaatliche Kooperation zwischen Staaten, die sich grenzüberschreitende Wasserressourcen teilen.



Dabei zeigt sich, dass grenzüberschreitendes Wassermanagement unter anderem...

...**die zwischenstaatliche Verständigung fördert:** Gemeinsame Vereinbarungen über die gerechte Nutzung von Wasser schaffen einen Rahmen, der die einseitige Übernutzung der Ressource durch einen Staat auf Kosten seiner Nachbarn verhindert. Das schafft Vertrauen und beugt internationalen Krisen vor. In vielen Fällen verbessern sich die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten insgesamt.

...**Win-Win-Lösungen schafft:** Investitionsvorhaben zur Nutzung oder zum Schutz grenzüberschreitender Wasserressourcen (z.B. Schiffbarmachung, Hochwassermanagement, Energiegewinnung durch Wasserkraft, Gewässerschutz) werden nur durch die Beteiligung mehrerer Staaten möglich. Vereinbarungen über Nutzungsrechte und eine abgestimmte Mobilisierung der notwendigen Finanzierung sind Grundvoraussetzung für entsprechende Projekte zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung internationaler Einzugsgebiete.

...**Impulse für die Integration einer Region liefert:** Erfolgreiche Zusammenarbeit an grenzüberschreitenden Wasserressourcen kann auch als Katalysator für intensivere regionale Kooperationen dienen und damit für eine dynamischere gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Das Zusammenwirken im Wassersektor schafft Vertrauen auch für die Zusammenarbeit in anderen Bereichen.

In der grenzüberschreitenden Wasserkooperation unterstützt die Bundesrepublik Deutschland Aufbau und Entwicklung von Organisationen, die Förderung eines Integrierten Wasserressourcen Managements



Grundwassermanagement des Guarani Aquifers in Paraguay

Der „Guarani-Aquifer“ stellt eines der weltweit größten Grundwasservorkommen dar, mit einer geschätzten sich erneuernden Wassermenge von bis zu 25.000 km³, und erstreckt sich über die Landesgrenzen von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Wachsende Industrialisierung und Urbanisierung führen zu einer erhöhten Entnahme von Grundwasser bei gleichzeitig potenziell wachsender Verschmutzung. Aus diesem Grund ist ein nachhaltiges gemeinsames Grundwassermanagement (einschließlich Grundwasserschutz) unerlässlich für die zukünftige Verfügbarkeit von Wasserressourcen in dieser Region. Das Projekt „Environmental Protection and Sustainable Development of the Guarani Aquifer System“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Organisation of American States (OAS), Weltbank und der Global Environment Facility (GEF). Die BGR unterstützt im Auftrag des BMZ die Regierung Paraguays beim Aufbau von Fachkompetenz im Bereich der Hydrogeologie, Grundwasseranalyse und -prognose und berät bei der Ausarbeitung von Empfehlungen für Grundwassermanagement und Schutz des Aquifers. Eine verbesserte Kenntnis über die nachhaltig nutzbare Wassermenge, die Wasserqualität und Vorhersageprognosen für die zukünftige Entwicklung dieser Grundwasserressourcen stellt den Ausgangspunkt für einen verbesserten Wissensaustausch zwischen den beteiligten Staaten dar, mit dem Ziel ein einheitliches Grundwassermanagement aufzubauen.

Gesamtlaufzeit: 2003 – 2007

Deutscher Beitrag: 0,8 Mio. Euro

Beitrag der Weltbank: 11,3 Mio. Euro

(IWRM) sowie den Aufbau von Wissensmanagementsystemen und die Harmonisierung von Wasserpolitiken. Deutschland finanziert des Weiteren Maßnahmen, die der Umsetzung dieser Vorhaben dient (z.B. die Etablierung von Messsystemen, Erosionsschutz, Hochwasserschutz, Wasserverlustreduzierung und Abwassermanagement).

3.2 Wassersektorreformen armutsorientiert gestalten

Unzureichende Trinkwasserversorgung ist weniger ein Problem mangelnder Ressourcenverfügbarkeit, als ein Problem defizitärer Sektorpolitik. Dies zeigt sich darin, dass in vielen Partnerländern adäquate Norm- und Regelwerke sowie Planungsinstrumente, wie z.B. Wassergesetze, Wasserwirtschafts- oder Sektorinvestitionspläne, fehlen. Darüber hinaus sind die Zuständigkeiten und die Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen häufig auf viele unterschiedliche Ministerien und Körperschaften aufgesplittet. Regulierungsorgane sind dort, wo es sie gibt, oft personell und finanziell noch zu schwach, um den Ansprüchen einer befriedigenden Armuts- und Effizienzorientierung gerecht zu werden. Auch mangelt es nicht selten an kompetenten und motivierten Entscheidungsträgern. Zur Verbesserung des Zugangs zu Wasser- und Sanitärversorgung für arme Bevölkerungsgruppen ist der Abbau von politischen und institutionellen Defiziten daher von entscheidender Bedeutung.

Die Bundesrepublik Deutschland fördert Wassersektorreformen in vielen Partnerländern, die eine Veränderung von politischen, rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zum Aufbau sowie zur Weiterentwicklung von effizienten Organisationen und Regelwerken im Wassersektor anstreben. Entscheidend ist hierbei die Etablierung von guter Regierungsführung („good governance“), die auf transparenten, öffentlichen Diskussionen, einer Einigung auf klare wasserpolitische Grundsätze und Ziele sowie auf einer breiten Debatte über die sich daraus ableitende Sektorstrategie fußt.

Für einen gut funktionierenden Wassersektor ist ein verantwortliches Ministerium, z.B. ein Wasserministerium, das auf nationaler Ebene die Wasserpolitik klar



formuliert und die Sektorentwicklung und Sektorplanung verantwortet, von großer Bedeutung, ebenso wie kompetente Fachbehörden, die in der Lage sind, ein nachhaltiges Management zu entwickeln. Im Idealfall gibt es zusätzlich eine Regulierungsbehörde, die die Umsetzung der politischen Vorgaben durch die Akteure im Sektor (Wasserver- und Abwasserentsorger) steuert und überwacht. Die Entscheidungen des Regulierers müssen dabei transparent und nachvollziehbar sein und öffentlich kommuniziert werden. Die klare Trennung zwischen Politik, Regulierungsfunktion und Leistungserbringung soll sachfremde politische Einflussnahme auf allen Ebenen (zentral und lokal) verringern und gleichzeitig die Autonomie der Betreiber stärken und so deren Motivation und Eigenverantwortung verbessern. Eine klare Zuteilung der Aufgaben für die verschiedenen Institutionen im Sektor mit einer dem Kontext und den Kapazitäten angepassten Dezentralisierung von Entscheidungen, Kompetenzen und Finanzen erleichtert dies. Die Einführung und Umsetzung von Sektorreformen ist ein sozialer Interaktions- und politischer Verhandlungsprozess, der umso schneller vorangeht, als nationale Entscheidungsträger diesen mit hoher politischer Überzeugung selbst vorantreiben.

Wassersektorreformen sind auf ein nachhaltiges finanzielles Fundament angewiesen. Ohne solide Finanzierungsmechanismen ist eine nachhaltige Wasser- und Sanitärversorgung nicht zu realisieren. Dies bedeutet einerseits, dass der Staat die sektoralen Schlüsselinstitutionen, wie z.B. Ministerien, Regulierungsbehörden oder Wasserwirtschaftsbehörden, mit einem angemessenen Budget ausstatten muss. Gleichzeitig bedeutet dies auch, dass eine dauerhafte Finanzierung der Dienstleistungen im Wassersektor auch von den Verbrauchern und Nutzern – im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten – selbst erbracht werden muss. Wasser- und Abwasserentgelte bieten zudem den Anreiz, mit Wasser verantwortungsvoller und sparsamer umzugehen (Nachfrage-Steuerung).

Die deutsche Bundesregierung unterstützt ihre Partnerländer durch Beratung in folgenden Bereichen:

- Formulierung von Sektorpolitiken und -strategien sowie der gesetzlichen Grundlagen,
- Restrukturierung, Aufbau und Stärkung von effizienten, effektiven, transparenten und regelgebundenen Sektorinstitutionen,
- Organisationsreform des Wassersektors durch Dezentralisierung und unternehmerische Betriebsführung.

Wassersektorreform in Kenia

70 % der städtischen, aber nur 48 % der ländlichen Bevölkerung in Kenia sind derzeit mit sauberem Trinkwasser versorgt. Ca. 50 % der Bevölkerung sind an zentrale oder dezentrale Abwassersysteme angeschlossen. Um die Probleme des kenianischen Wassersektors anzugehen, hat die Regierung im Jahr 2002 eine umfangreiche Sektorreform beschlossen. Die deutsche EZ unterstützt die kenianische Regierung bei diesem Prozess und setzt dabei gleichzeitig auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an. Leistungsstärkere Institutionen betreiben ein effizienteres Wassermanagement und mehr Wassernutzer sind an diesem Prozess beteiligt. In der Trinkwasserversorgung und Abwasserwirtschaft unterstützt die TZ auf nationaler Ebene die Entwicklung von Rahmenrichtlinien für die Sektorregulierung sowie auf regionaler Ebene die Einrichtung von Verwaltungsstrukturen (Wasserbehörden). Mittels verbesserter Betriebsführung von Wasserversorgungs- und Abwassermanagementunternehmen wird die neue Politik auf lokaler Ebene umgesetzt. So unterstützen KfW, GTZ und DED die Wasserbehörde Lake Victoria North in 12 Städten, in denen etwa 670.000 Menschen wohnen. Die Erfahrungen der regionalen und lokalen Ebenen, beispielsweise aus den laufenden Kooperationsvorhaben in den Städten Nyeri und Eldoret mit der Qualifizierung der örtlichen kommunalen Betreiber und mit einem privaten Betreiber in der Stadt Malindi, können in die Steuerung nationaler politischer Gestaltungsprozesse einfließen und umgekehrt. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Qualifizierungsmaßnahmen werden geeignete Verbände und Nutzergruppen für zukünftige Beratungstätigkeiten in der Trinkwasserversorgung und Abwasserwirtschaft ausgebildet.

Gesamtlaufzeit: 2003 – 2013

Deutscher Beitrag: 5 Mio. Euro für Phase 2 (2005 – 2007)



Neben der direkten Beratung ist die deutsche EZ auch durch die Moderation von Sektorreformdialogen aktiv. Auf diese Weise werden die Koordination und der Austausch zwischen den unterschiedlichen sektoralen Akteuren (z.B. Behörden auf lokaler und nationaler Ebene, aber auch bi- und multilaterale Geber) gefördert. Die deutsche EZ nimmt hierbei die Rolle eines „Vermittlers“ ein.

3.3 Effiziente und nachhaltige Wasserversorgung und Sanitärmaßnahmen fördern

Die zentrale Herausforderung der Wasser- und Sanitärversorgung liegt in den geringen Versorgungsgraden der armen Haushalte. In der Region Sub-Sahara Afrika hatten beispielsweise 2002 mehr als 42 % der Bevölkerung keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser, und 63 % lebten ohne angemessene Sanitärversorgung.

Eine wichtige Ursache hierfür ist in vielen Ländern die sachfremde politische Einflussnahme auf betriebliche Entscheidungen, wie die Personalpolitik oder die Tarifgestaltung der Betreiber. Hierdurch wird der Aufbau von effektiven und effizienten Versorgungsstrukturen und deren Nachhaltigkeit erschwert. Außerdem werden Klein- und Mittelstädte sowie ländliche Gebiete bei der zentralen Verteilung von Finanzmitteln im Vergleich zu den Metropolen eher nachrangig behandelt.

Daneben ist die Beteiligung der Bevölkerung, z.B. in Aufsichtsgremien der Versorgungsbetriebe oder beim Betrieb von Wasserzapfstellen (Wasserkiosken), oft unzureichend. Dies verursacht einerseits nicht nachfragegerechte Entscheidungen, beispielsweise beim Netzausbau, andererseits eine unzureichende Eigenverantwortung („ownership“) der lokalen Bevölkerung, wodurch schlechte Zahlungsmoral, illegale Wasserentnahmen, Manipulation von Wasserzählern usw. gefördert werden.

Auf der Ebene der Wasserversorgungs- und Abwassermanagementbetriebe, die oft in staatlicher oder kommunaler Trägerschaft sind, ist die häufig geringe Leistungsfähigkeit eine zentrale Ursache für die unzureichende Versorgung der Bevölkerung. Mangelhafte technische Systeme und eine unzulängliche Ausbildung der Mitarbeiter erschweren die Sicherstellung des Betriebs. Ineffizienz und ein schlechtes Inkassomanagement, verbunden mit oft zu niedrigen Wasserpreisen und Abwassergebühren, führen zu einer unzureichenden Kostendeckung und damit zu einer Unterfinanzierung. Hierdurch sind Investitionen in die Instandhaltung oder die Ausdehnung der Netze in die wachsenden ärmeren Wohngebiete kaum möglich. Aus Sicht von kommerziellen Banken sind diese Betriebe nicht kreditfähig. Hohe Wasserverluste in undichten Netzen führen zu Wasserverschwendung und zu unnötigen Kosten in der Wassergewinnung und -aufbereitung. Im ländlichen Raum zeigen sich ähnliche Zusammenhänge beim Betrieb von Brunnen und Zapfstellen. Diese werden oft bereits nach kurzer Zeit wegen ungenügender Wartung unbrauchbar.

Die deutsche EZ unterstützt die Umwandlung ineffizienter Wasserversorgungs- und Abwassermanagementbetriebe in kundenorientierte, wirtschaftlich arbeitende Dienstleister durch die Finanzierung notwendiger Investitionen und Maßnahmen zur institutionellen Stärkung der Betriebe.

Städtisches Wasserversorgungs- und Abwassermanagement

Angesichts der Umwelt- und Infrastrukturprobleme der Ballungszentren engagiert sich die EZ im Bereich des städtischen Wasserversorgungs- und Abwassermanagements. Hierzu gehört die sichere und ausreichende Versorgung der Menschen mit Trinkwasser ebenso wie die Sammlung und Reinigung bzw. Wiederaufbereitung des Abwassers. Reparatur,



Rehabilitierung und Effizienzsteigerung bestehender Ver- und Entsorgungssysteme haben in der Regel Vorrang vor der Schaffung neuer Kapazitäten. Hygiene- und Sensibilisierungsmaßnahmen sind fester Bestandteil aller Projekte und Programme.

Zur Durchbrechung der oben beschriebenen Problemkonstellation, in der sich viele Versorger und Entsorger befinden, muss neben Investitionen eine Verbesserung der technischen und kaufmännischen Betriebsführung und eine Steigerung von Kundennähe und genereller Serviceorientierung erreicht werden. Erfolgsentscheidend ist langfristig, dass der Versorger hierzu über Legitimität, wirtschaftliches Eigeninteresse und ausreichende Handlungsspielräume verfügt. Dazu ist in vielen Fällen der Übergang von einem Versorger mit Behördencharakter zu einem Unternehmen mit eigener Rechnungslegung und mit Aufsichtsgremien notwendig, in denen Vertreter aus dem Versorgungsgebiet repräsentiert sind. Das Unternehmen sollte über die Planung und Ausführung von Investitionen sowie über die Personalauswahl und -entlohnung entscheiden können.

Auch die Unterstützung mehrerer Gemeinden beim Zusammenschluss zu einem Zweckverband, die Einbindung privater Unternehmen in betriebliche Teilaufgaben oder die Übertragung des Gesamtbetriebes von Ver- und Entsorgungs-/Aufbereitungssystemen an private Unternehmen stellen Möglichkeiten dar, die Schwächen des öffentlichen Sektors zu überwinden. Voraussetzungen für den Erfolg von Privatsektorbeteiligungen sind jedoch ausreichende Überwachungskapazitäten im Partnerland, eine sorgfältige Vorbereitung der vertraglichen Regelungen sowie ein transparentes und wettbewerbsorientiertes Vergabeverfahren.

Wasserversorgung und Abwassermanagement im Jemen

Jemen ist Schwerpunktland der deutschen EZ und eines von vier Pilotländern für das „Aktionsprogramm 2015“ zur Halbierung der Armut bis 2015. Der Jemen zählt zu den wasserärmsten Regionen der Welt, und die Grundwasserressourcen werden stark übernutzt. Mehr als die Hälfte der städtischen Bevölkerung muss sich über private Wasserquellen versorgen, die gesundheitlich bedenklich und teuer sind. Die Verbesserung von Wasserversorgung und Abwassermanagement ist daher ein besonders wichtiger Förderschwerpunkt.

In der Hafenstadt Al Shehr z.B. sind die städtischen Brunnen entweder versiegt oder mit Salzen belastet. Fast alle der 62.000 Einwohner sind an die Wasserversorgung angeschlossen, doch kommen durch marode Leitungen nicht einmal zwei Drittel des kostbaren Wassers beim Verbraucher an – und dies auch nur wenige Stunden pro Woche. 55 % der Krankheiten bei Erwachsenen sind auf verunreinigtes Wasser zurückzuführen, bei Kindern sogar 77 %. Das Abwasser fließt aus der Altstadt über den Strand ungeklärt ins Meer – auch dorthin, wo die Fischer ihren Fang für den Verkauf auf dem Markt sortieren.

Die deutsche FZ fördert Maßnahmen, um die prekäre Abwassersituation zu verbessern: Die Altstadtbewohner werden an eine einfache Kanalisation mit Teichkläranlage angeschlossen. Um die hohen Wasserverluste zu vermindern, wird das Leitungsnetz saniert. Damit kann die Versorgung der Stadt ohne den problematischen Bau weiterer Brunnen für mehrere Jahre gesichert werden. Zudem sind umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen zur Aus- und Weiterbildung des technischen Betriebspersonals vorgesehen.

Die jemenitische Regierung verfolgt seit 1997 einen Reformprozess, der u.a. die Dezentralisierung, die Kommerzialisierung und die Ausweitung der öffentlichen Wasser- und Sanitärversorgung umfasst. Die deutsche TZ unterstützt die Fortschreibung der Reformen sowie deren Umsetzung: Der TZ-Beitrag beinhaltet die Sektorpolitik- und Strategieberatung, die Stärkung von Behörden, Wasserversorgungs- und Abwassermanagementbetrieben, den Aufbau von Wasserkomitees sowie den Ausbau der Bevölkerungsbeteiligung an Entscheidungsfindungsprozessen.

Gesamtlaufzeit: 2006 – voraussichtlich 2014
Deutscher Beitrag: 14 Mio. Euro FZ und 6 Mio. TZ



Dialog zu Privatsektorbeteiligung im Bereich Wasserversorgung und Abwassermanagement

Deutschland ist Mitinitiator der Einrichtung eines „Multistakeholder Dialogs“ (MSD) zwischen den Interessensgruppen Industrie, Regierungen und NRO zur Frage der Privatsektorbeteiligung bei der Trinkwasser- und Sanitärversorgung. Der MSD soll dazu beitragen, ein besseres Verständnis für Erfolge und Misserfolge von Privatisierungen zu fördern und den Austausch zwischen allen Akteuren zu unterstützen.

Die deutsche Bundesregierung unterstützt auch die Entwicklung des lokalen Privatsektors und den Erfahrungsaustausch zwischen öffentlichen Versorgern, privaten Wasserunternehmen, Politik und betroffener Bevölkerung, beispielsweise in Ostafrika.

Ländliches Wasserversorgungs- und Abwassermanagement

Im ländlichen Bereich liegt der Schwerpunkt in angepassten, dezentralen Ver- und Entsorgungs-/Aufbereitungssystemen, wobei Wasserverbraucher besonders stark bei Planung, Auswahl, Investition und Betrieb der Ver- und Entsorgungs-/Aufbereitungssysteme beteiligt werden. Dies ist wichtig, um den Betrieb der Systeme, der meist durch Nutzergruppen erfolgen muss, nach Abzug aller externen Hilfe sicherzustellen. Auch im ländlichen Raum sind Hygiene- und Sensibilisierungsmaßnahmen wichtiger Projektbestandteil.

Ländliche Wasserversorgung im Hai Distrikt in Tansania

Im tansanischen Hai-Distrikt am Westhang des Kilimanjaro fördert die deutsche EZ seit Ende der 1980er-Jahre den Bau von Wasserver- und Entsorgungssystemen. Dadurch hat sich die Gesundheits-situation der etwa 300.000 dort lebenden Menschen bereits erheblich verbessert. Nach Ende der ersten Projektphase 1998 hatten lediglich 3,6 % (anstatt vorher 20 %) der Anwohner Probleme mit Durchfallerkrankungen und 6 % mit Wurmbefall (anstatt vorher 35 %).

Vor Projektbeginn mussten selbst Hochschwängere stundenlang Wasser über weite Distanzen durch die Buschsavanne tragen. Wie eine Wirkungsanalyse des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (www.diegdi.de) eindrucksvoll belegt, verringerte sich durch das Vorhaben die gesundheitliche Belastung von Frauen deutlich. Der bessere Zugang zu sauberem Wasser begünstigte zudem hygienischere Bedingungen bei Geburten und im Wochenbett.

Die wichtigste Wirkung des Vorhabens ist aber die gewonnene Zeit. Die Frauen nutzen letztere zur Anlage von Kleingärten, mit denen sie die Ernährung ihrer Familien sichern. Mädchen, die vorher den Großteil ihrer Zeit mit Wassertragen verbrachten, besuchen stattdessen eine Schule, was sich in erhöhten Einschulungs- und geringeren Abbruchraten niederschlägt. Auch die paritätische Besetzung der Nutzerkomitees stärkt die Rolle der Frauen. Sparsamen – und damit nachhaltigen – Umgang mit Wasser fördern am Verbrauch orientierte Wassertarife sowie Aufklärungskampagnen.

Gesamtlaufzeit: 1998 - 2008

Deutscher Beitrag: 7,5 Mio. Euro für Phase 4

Die deutsche EZ fördert ein verbessertes Abwassermanagement im ländlichen Raum hauptsächlich durch Sanitär- und Hygienemaßnahmen (wie Latrinen und Aufklärungskampagnen), Brauchwassernutzung, Pflanzenkläranlagen und zunehmend durch die Einführung geeigneter ecosan-Sanitärkonzepte. Letztere gewinnen aber auch in Städten an Bedeutung (siehe Infokasten zu Ecosan, Seite 16).

Kreislaufwirtschaft im Abwasser- management (Ecological sanitation – Ecosan)

„Ecological sanitation“ steht für nachhaltige Abwasser- und Sanitärsysteme: Fäkalien und häusliches Abwasser werden als Wertstoffe betrachtet, die wieder gewonnen – wenn nötig aufbereitet – und verwertet werden können. Im Idealfall erlauben ecosan-Systeme die vollständige Rückgewinnung von Nährstoffen aus Haushaltsabwasser für die Verwertung in der Landwirtschaft. Ziel ist, die in Fäkalien und Haushaltsabwässern enthaltenen organischen Bestandteile, Nährstoffe und Spurenelemente zurück zu gewinnen und als Düngestoffe wieder der Landwirtschaft zuzuführen, Energieinhalte zu nutzen und das behandelte Abwasser z.B. für die Bewässerung oder Grundwasseranreicherung zu verwenden. ecosan-Systeme tragen so zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und zur langfristigen Ernährungssicherung bei. Gleichzeitig vermeiden sie die Verschwendung und Verschmutzung der Wasserreserven und tragen durch Minimierung des Einbringens von Krankheitserregern in den Wasserkreislauf zu einer Reduzierung von Krankheitsrisiken bei. Konventionelle Sanitärtechnologie gerät zunehmend in die Kritik sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch nicht nachhaltig zu sein. Es ist offensichtlich, dass mit konventionellen Technologien allein die wasserbezogenen MDGs nicht erreicht werden können. Alternative Methoden und Ansätze sind daher dringend notwendig.

Die deutsche EZ betrachtet Ecosan als einen innovativen Ansatz mit großem Potenzial, die drängenden Probleme im Hinblick auf die globale Wasser- und Sanitärversorgungskrise zu lösen und zur Erreichung der MDGs beizutragen.

Im Auftrag des BMZ hat die GTZ 2001 ein internationales Ecosan-Forschungs- und Entwicklungsprojekt gestartet mit dem Ziel, Konzepte für ökologische Sanitärversorgung zu etablieren. Hiermit soll ein Beitrag zur verbesserten nachhaltigen Wasser- und Sanitärversorgung geleistet werden (s. auch www.gtz.de/ecosan).

3.4 Wasser für Ernährung effizient einsetzen

Schätzungsweise 600 Mio. Menschen in Entwicklungsländern sind vom Hunger bedroht und 166 Mio. Kinder im Vorschulalter sind unterernährt. Wasser spielt bei der Ernährungssicherung eine zentrale Rolle. Weltweit macht die Entnahme von Wasser für die Bewässerungslandwirtschaft über 70 % der Gesamtwasserentnahme aus. Die Tatsache, dass zur Produktion von einem Kilogramm Weizen rund 1000 Liter Wasser benötigt werden, macht deutlich, wie elementar Wasser für Nahrungsmittelproduktion und Ernährungssicherung ist.

Ein hohes Bevölkerungswachstum wird die Situation noch einige Jahrzehnte lang weiter verschärfen: 2015 werden ca. 2,7 Mrd. Menschen in den wasserarmen Regionen dieser Welt leben. Der Anbau von Agrarprodukten wie z.B. Getreide muss weltweit um 40 % gesteigert werden, um mit dem Bevölkerungswachstum mithalten zu können. Viele Länder, auch in ariden Gebieten, haben daher ihre Bewässerungssysteme ausgebaut, um mehr Agrargüter für die eigene Bevölkerung und für den Export zu produzieren. Das hat einen steigenden Verbrauch von Süßwasser zur Folge. Außerdem arbeitet ein Großteil der Bewässerungssysteme ineffizient. So verdunstet oder versickert etwa die Hälfte der eingesetzten Wassermenge bei einer Bewässerung über offene Kanäle.

Die Sicherung der Wasserversorgung für die Landwirtschaft hängt jedoch eng mit der Bekämpfung von Armut und der Beseitigung von Hunger zusammen, da Landwirtschaft Einkommens- und Nahrungsquelle zugleich ist. Auch wenn die Landwirtschaft zunehmend mit der Industrie um die Ressource Wasser konkurriert, sind die Probleme der Armut und Ernährungssicherung der ländlichen Bevölkerung weiterhin für viele Entwicklungsländer von vorrangiger Bedeutung. Die deutsche EZ verfolgt daher das Ziel, mit dem integrierten Wasserressourcenmanagement die ländliche Bevölkerung bei einer sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Wasserressourcen zu unterstützen. Das beinhaltet institutionelle Reformen des Wasser- und Bewässerungssektors, Förderung effizienzsteigernder Maßnahmen, Rehabilitierung bestehender Bewässerungssysteme und Förderung nutzerbetriebener Kleinbewässerungsanlagen. Hier spielen zum einen die Ressourcensituation der jeweiligen Region und zum anderen der Einsatz angepasster Technologie eine große Rolle.



Grundlegend für die Beratung für eine nachhaltige Bewirtschaftung ist die Bewertung von Menge und Qualität der verfügbaren Wasserressourcen. In Feucht- und Überschwemmungsgebieten oder in Regionen mit ausreichenden erneuerbaren Grundwasservorkommen bietet die Entwicklung der Bewässerungslandwirtschaft mit der Verbesserung kostengünstiger Fördertechnologien einen Ansatzpunkt für die regionale Entwicklung. In Regionen ohne ausreichende Wasserressourcen kann hingegen durch nachhaltigen Feldanbau, wasserkonservierende Maßnahmen, Erosionsschutz, Desertifikationsbekämpfung usw. die Regionalentwicklung vorangetrieben werden. Die Qualifizierung des Personals der entsprechenden staatliche und privaten Dienstleistungsunternehmen durch Aus- und Weiterbildung ist hierbei für ein effizienteres Management von Wassereinzugsgebieten unerlässlich. Ergänzend bietet die EZ im Rahmen von integrierten Ernährungssicherungsprogrammen sowohl Maßnahmen zur nachhaltigen Erschließung, Nutzung und zum Schutz natürlicher Ressourcen, als auch zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und Förderung ‚inkommensschaffender‘ Tätigkeiten an.

Management von Wassereinzugsgebieten in Indien

Die indische Regierung priorisiert die Entwicklung von Wassereinzugsgebieten als Instrument der ländlichen Entwicklung. In den nächsten 25 Jahren sollen ca. 65 Mio. Hektar Land zu Regenfeldbauflächen entwickelt werden. Dies soll einen nachhaltigen Beitrag zur Armutsminderung und zum Ressourcenschutz leisten, denn über 50 % der Armen Indiens leben in semiariden und ariden Regionen, die teilweise massiv von Desertifikation und Degradation betroffen sind.

Mit einem Bündel an Maßnahmen unterstützt die deutsche EZ den indischen Partner auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene:

- Das nationale Landwirtschaftsministerium wird in der Formulierung einer bevölkerungsnahen Strategie für das Management von Wassereinzugsgebieten unterstützt. Im Vordergrund stehen innovative Formen der Partnerschaft zwischen lokalen NRO und staatlichen Behörden.
- Im Bundesstaat Himachal Pradesh werden an Bergregionen angepasste technische und sozio-ökonomische Lösungen entwickelt.
- Im Bundesstaat Maharashtra werden mit Hilfe einer NRO und ihrem Netzwerk Selbsthilfeorganisationen im integrierten Management von Wassereinzugsgebieten ausgebildet, um das von Dürre bedrohte Land nachhaltig zu bewirtschaften. Daran anschließend finanziert die FZ Erosionsschutzmaßnahmen in den ausgewählten Wassereinzugsgebieten.
- Insgesamt investiert die Bundesregierung ca. 70 Mio. Euro FZ-Mittel für Entwicklungsmaßnahmen in Wassereinzugsgebieten in Maharashtra, Andhra Pradesh, Gujarat und Rajasthan. Über die National Bank for Rural Development werden diese Investitionsmittel für Erosionsschutz und Aufforstungen an die Dörfer weitergeleitet. Die Maßnahmen erhöhen die Wasserverfügbarkeit für die produktive und die Trinkwassernutzung.

Durch die gezielten Fördermaßnahmen können die Dorfbewohner heute den Betrieb von Wasseranlagen in finanzieller, technischer und organisatorischer Hinsicht selbst tragen. Die Gründung von Frauengruppen und Wasserkomitees hat zu einer Stärkung des Einflusses, des Selbstbewusstseins und der Artikulationsfähigkeit der Betroffenen geführt. Damit ist die Bereitschaft zur Zahlung von Tarifen und zur Übernahme von Eigenverantwortlichkeit erheblich gestiegen. Mit ihrer Vernetzung von lokaler und bundesstaatlicher Ebene sowie der Mobilisierung lokaler Selbsthilfe haben die Entwicklungsansätze der Projekte zum integrierten Management von Wassereinzugsgebieten nicht nur die indische Politik durch die Veränderung von Richtlinien nachhaltig beeinflusst, sondern sie gelten auch international als Erfolgsbeispiel für die nachhaltige Verbesserung der Lebensgrundlagen, der Verminderung der Armut im ländlichen Raum und den langfristigen Schutz natürlicher Ressourcen.



3.5 Gemeinsam mehr Wirkung erzielen

Die Paris-Deklaration von 2005 („Paris Declaration on Aid Effectiveness“) zielt auf die weitere Erhöhung der Wirksamkeit der öffentlichen Entwicklungshilfe und die Harmonisierung der Arbeit der unterschiedlichen Geber ab. Geberkoordination verringert die derzeit hohen administrativen und operativen Transaktionskosten für die Empfängerländer und schafft eine bessere Übersicht über den mittelfristigen Bedarf an Beratung und Finanzierung. Sie überträgt Durchführungs- und Monitoringverantwortung an die Empfängerländer und stärkt damit Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit. Abgestimmte Ansätze der Geber steigern zudem die Effizienz und Effektivität von Entwicklungsmaßnahmen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits 2003 einen Aktionsplan zur Harmonisierung ihrer EZ aufgestellt. Sie hat zudem durch konsequente Schwerpunktsetzung und die Konzentration auf 70 Partnerländer in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen, um die Wirksamkeit der deutschen EZ weiter zu verbessern. Die deutsche Entwicklungspolitik arbeitet bereits jetzt intensiv mit anderen Gebern und Partnerregierungen zusammen, um die Ausschreibungs-, Prüfungs- und Berichtsverfahren zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Mosambik ist hierbei Pilotland für Geberkoordination und -harmonisierung. Ferner beteiligt sich Deutschland an Budgetfinanzierungen und Sektorprogrammen mehrerer Geber („Sectorwide Approaches“, SWAP) in Partnerländern. Bei Budgetfinanzierungen im Wassersektor werden den Kooperationspartnern Gelder direkt zur Verfügung gestellt, die diese nach ihrem Ermessen (und je nach Form der Budgetfinanzierung unter Berücksichtigung bestimmter Vorgaben) in die Verbesserung ihres Wassermanagements fließen lassen. Unter „SWAP“ wird die Zusammenarbeit von Regierung, Interessens-

gruppen und verschiedenen Gebern in einem Sektor verstanden. Der Ansatz, der unter Leitung der Partnerregierung vorangetrieben wird, beinhaltet einen erweiterten Dialog über Strategien sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Finanz- und Sektorkonzepts, das sowohl den öffentlichen wie den privaten Sektor umschließt.

3.5.1 Europäische Wasser-Initiative (EUWI)

Auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung gründeten die EU-Mitgliedstaaten eine Europäische Wasserinitiative (EUWI), um einen Beitrag zur Erreichung der wasserbezogenen MDGs unter Berücksichtigung von IWRM zu leisten. Die EUWI wurde als Katalysator konzipiert und als Politikforum, in dessen Rahmen zukünftige gemeinsame Aktionen gestaltet werden können.

Deutschland ist Mitglied der Steuerungsgruppe und der Afrika-Arbeitsgruppe der EUWI. Die Bundesrepublik führt im Rahmen dieser Arbeitsgruppe beispielsweise einen Länderdialog in Sambia durch, mit dem der Wassersektor analysiert und Hindernisse und Fortschritte bei der Erreichung der MDGs aufgezeigt werden. Der Dialog dient als Instrument zur stärkeren Fokussierung der Geberaktivitäten auf die dringendsten Probleme des Landes und einer besseren Abstimmung zwischen den Gebern. 2006 hat Deutschland den Vorsitz in der Afrika-Arbeitsgruppe inne.

3.5.2 EU-Wasserfazilität für die AKP-Staaten

Mit der Einrichtung einer Wasserfazilität zugunsten der Länder Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP) hat die EU 2004 ein Finanzierungsinstrument geschaffen, das zusätzliche Ressourcen für den Wasserbereich mobilisieren soll. In diesem Sinne stellt die AKP-EU-Wasserfazilität einen operativen Arm der EUWI dar.

Der Schwerpunkt der AKP-EU-Wasserfazilität liegt auf Innovation und Flexibilität. Durch Zuschüsse werden neue Projekte gefördert und der Aufbau von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen Sektor und privater Initiative erleichtert. Die Fazilität beruht auf einem nachfrageorientierten Ansatz: Projektvorschläge werden in einem kompetitiven Verfahren nach ihrer Armutswirkung und Nachhaltigkeit ausgewählt. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen können Anträge stellen. Dieser Ansatz ermöglicht es, dass Akteure aus den AKP-Staaten in stärkerem Maße an der Ausarbeitung und Umsetzung von Wasservorhaben mitwirken können.

Für die Fazilität ist ein Betrag von insgesamt 500 Mio. Euro vorgesehen, der aus der Reserve des 9. Europäischen Entwicklungsfonds stammt. Bis Ende 2007 sollen alle Mittel vergeben werden. Deutschland trägt zur Finanzierung der AKP-EU-Wasserfazilität mit einem Anteil von rund 117 Mio. Euro bei.

3.5.3 Globaler Dialog für nachhaltige Dämme

Die Bundesregierung hat die Arbeit der Weltstaudammkommission („World Commission on Dams“, WCD) unterstützt und als eine der ersten Regierungen die Empfehlungen des WCD-Abschlussberichts „Dams and Development“ (2000) für ihre EZ verbindlich gemacht. Dies ist Ausdruck der Überzeugung der deutschen Bundesregierung, dass Konflikte um Staudammprojekte nur im Dialog mit allen Interessensgruppen gelöst werden können. Die Empfehlungen werden daher bei der Planung und Ausführung von deutschen Entwicklungsvorhaben konsequent angewandt. Ferner bilden sie für das BMZ den Maßstab für die Beurteilung der Förderungswürdigkeit von Vorhaben multilateraler Entwicklungsbanken sowie der Außenwirtschaftsförderung.

Die weltweite Debatte über die Chancen und Risiken von Staudämmen setzt sich auch nach Erscheinen des WCD-Berichtes fort. Auf globaler Ebene findet der Dialog im Rahmen des „Dams and Development Project“ (DDP) unter der Ägide des VN Umweltprogramms (UNEP) statt. Ziel ist die Verbesserung der Entscheidungs-, Planungs- und Managementmechanismen für Staudämme. Deutschland unterstützt die Arbeit des DDP und beteiligt sich aktiv sowohl am Steuerungskomitee als auch in dem beratenden Regierungsgremium. Neben dem globalen Dialog gibt



es zahlreiche regionale und nationale Initiativen – unter anderem auch in Deutschland – die unter Mitarbeit aller beteiligten Interessensgruppen und unter Berücksichtigung der WCD-Empfehlungen verbesserte Planungs- und Entscheidungsmechanismen im Staudambereich vorschlagen.

3.5.4 G8-Afrika-Wasseraktionsplan

Im Jahr 2002 haben die acht größten Wirtschaftsnationen auf ihrem Gipfel in Kananaskis/Kanada gemeinsam mit ihren afrikanischen Partnern den G8-Afrika-Aktionsplan vereinbart. 2003 wurde der Aktionsplan in Evian/Frankreich durch einem speziellen Wasseraktionsplan ergänzt. Dieser enthält einen konkreten Maßnahmenkatalog, der auf die Frage Antworten geben will, wie in allen afrikanischen Staaten und für alle Nutzungssektoren – Haushalte, Industrie, Landwirtschaft – auf nachhaltige Weise genug Wasser zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Bundesregierung hat die Federführung im Bereich „grenzüberschreitendes Wasserressourcenmanagement“ übernommen. Hierzu unterstützt sie u.a. afrikanische Institutionen, die die gemeinsame Nutzung von Gewässern regeln. Politischer Partner der deutschen G8-Initiative ist der Afrikanische Wasserministerrat („African Ministers’ Council on Water“, AMCOW). Auf gesamtafrikanischer Ebene sollen die laufenden regionalen Initiativen im grenzüberschreitenden Wassermanagement und Integrierten Wasserressourcenmanagement zusammengeführt und als „best practices“ AMCOW zur Verfügung gestellt werden. Beim G8-Gipfel in Gleneagles/Schottland im Juli 2005 bekräftigte die deutsche Bundesregierung ihr Engagement bei der Umsetzung des G8-Afrika-Wasseraktionsplans. Der Beitrag der Bundesregierung setzt einen klaren Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnern im Wassersektor.

4 Die Entwicklungsziele im Bereich Trinkwasser- und Sanitärversorgung: Was wurde bisher erreicht?



Durch die klaren Vorgaben der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) rücken die Fragen nach tatsächlich erzielten Entwicklungsfortschritten und die Messbarkeit der Wirkungen entwicklungspolitischer Interventionen zunehmend in den Vordergrund. Die Dokumentation von Fortschritten bei den MDG-Vorgaben im Wasserversorgungs- und Sanitärbereich ist Aufgabe des „WHO/UNICEF Joint Monitoring Programme“ (JMP), das von der Bundesregierung direkt gefördert wird. Das BMZ unterstützt im Geberkreis außerdem die Koordinierung und Weiterentwicklung der Fortschritts- und Wirkungskontrolle in der EZ im Wassersektor: Zusammen mit Experten aus Norwegen, Frankreich und den Niederlanden wurde beispielsweise ein Bericht zum Thema Fortschrittskontrolle im Wasserbereich erstellt und der internationalen Gemeinschaft vorgestellt. Den vollständigen Bericht können Sie unter <http://www.irc.nl/page/12932> herunterladen.

Der jüngste Bericht des JMP (einzusehen unter <http://www.wssinfo.org/en/welcome.html>) lässt folgende Trends erkennen:

Zugang zu Trinkwasser

Zwischen 1990 und 2002 ging der Anteil der Weltbevölkerung ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser von 23 % auf 17 % zurück. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind jedoch groß: Die Region mit den größten Fortschritten war Südasien. Ein Großteil des Erfolges ist dabei auf Indien zurückzuführen. Dort stieg der Anteil der Menschen mit Zugang zu sauberem Trinkwasser zwischen 1990 und 2002 von 68 % auf 86 %. Auch in Afrika südlich der Sahara wurden Fortschritte gemacht, dort stieg der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser von 49 % auf 58 %.

Der Anteil ist allerdings im Vergleich zu anderen Regionen noch immer sehr niedrig. In Ostasien wurden zwar erhebliche Fortschritte in den ländlichen Gegenden gemacht, in den städtischen Gebieten sank jedoch der Anteil der Menschen mit Zugang zu sauberem Trinkwasser. Dieser Trend ist vor allem auf China zurückzuführen, wo der Anteil in den städtischen Gebieten von 100 % auf 92 % sank. Ozeanien ist mit 52 % die Region mit dem niedrigsten Anteil an Menschen, die Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Nordafrika, Lateinamerika, die Karibik und Westasien haben einen Anteil von etwa 90 % erreicht. Trotz aller Fortschritte leben zwei Drittel aller Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, in Asien.

Zugang zu Basissanitärversorgung

Der Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu Toiletten und Abwassersystemen haben, verringerte sich zwischen 1990 und 2002 von 51 % auf 42 %. Obwohl also Fortschritte gemacht wurden, ist der Anteil der Menschen ohne Zugang zu sanitären Anlagen immer noch sehr hoch. In Südasien sind zum Beispiel fast zwei Drittel der Bevölkerung ohne Zugang zu Basissanitärversorgung, obwohl die Zahl der Sanitäreinheiten zwischen 1990 und 2002 um 85 % gestiegen ist. Die Situation hat sich in einigen Regionen sogar noch verschlechtert, zum Beispiel in Westasien. Auch in Ozeanien und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sank der Anteil der Menschen, die Zugang zu Basissanitärversorgung in ländlichen Gegenden haben. 2002 hatten 2,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Toiletten und zu Abwassersystemen. Wenn die MDGs erreicht werden sollen, müssen bis 2015 noch etwa eine Milliarde Slum-Bewohner und 900 Millionen Menschen in oft abgelegenen ländlichen Regionen Zugang zu Sanitärversorgung erhalten.

Insgesamt sind die Daten jedoch aufgrund vielfältiger Probleme bei der Datenerhebung und politischer Einflussnahme nicht immer verlässlich und sollten daher mit Vorsicht behandelt werden. Sie bilden zudem keine qualitativen Aspekte, sondern nur quantitative Aspekte der Wasserversorgung ab. Sie zeigen jedoch klar die starken regionalen Unterschiede in den Fortschritten im Wasser- und Sanitärbereich, insbesondere die großen Herausforderungen in Sub-Sahara-Afrika.

5 Ausblick

Die deutsche EZ steht stets vor der Aufgabe, die Wirksamkeit ihrer Leistungen und Ansätze noch zu steigern. Im Wassersektor setzt die deutsche Bundesregierung in den kommenden Jahren noch stärker auf:

Armutorientierung und Partizipation: Die MDGs unterstreichen erneut die Wichtigkeit der konsequenten Einbeziehung der Ärmsten in alle Wasser- und Sanitärprojekte der deutschen EZ. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen bei der Konzipierung von Maßnahmen für eine Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung arme Wohnviertel noch gezielter in die Planung mit einbezogen werden. Da es sich bei diesen Wohnvierteln häufig um administrativ nicht erfasste illegal bewohnte Randgebiete handelt, ist dies nicht einfach. Partizipation ist hier für die Identifikation angepasster Lösungen entscheidend, denn die Bevölkerung kennt ihre Bedürfnisse selbst am besten. Insbesondere Frauen, die in der Regel für das Führen des Haushalts und die Gesundheit der Familie verantwortlich sind, brauchen größere Mitspracherechte. Ihre Beteiligung kann Fehler in der Planung vermeiden helfen und deutlich machen, woran es noch fehlt. Der Armuts- und Genderbezug von Vorhaben darf daher auch bei manchmal schwierigen technischen und administrativen Problemen nicht vernachlässigt werden. Eine stärkere Eigenverantwortung des Partners sowie die Einbeziehung der Bevölkerung und NRO vor Ort sind unerlässlich für eine nachhaltige Wasser- und Sanitärversorgung für alle.

Geberkoordination: Politische Initiativen wie die EU Wasser-Initiative und das G8 Afrika-Aktionsprogramm weisen auf die Notwendigkeit hin, Fördermaßnahmen auch im Bereich Wasserressourcenmanagement besser zu koordinieren. Insbesondere in Afrika besteht die Notwendigkeit, durch die Abstimmung von Schwerpunkten, Regionen und Konzepten sowie die Beteiligung an internationalen Programmen die Effektivität der Hilfe zu steigern und Transaktionskosten für Partner und Geber zu senken. Die deutsche EZ ist aktiv an diesen Initiativen und am internationalen Sektordialog beteiligt. Sie engagiert sich dafür, die Geberkoordination basierend auf den OECD/DAC-Prinzipien zu verbessern. Ziel ist, in Zusammenarbeit mit der EU und anderen Gebern, die gemeinsam erzielte Wirkung weiter zu erhöhen.



Kopplung von finanzieller Unterstützung und Sektorreform: In vielen Partnerländern fehlen derzeit noch die institutionellen und personellen Voraussetzungen, um erhöhte Finanztransfers wirksam einzusetzen. Grund dafür sind fehlende oder schwache Regulierung, Überwachung und Ressourcenbewirtschaftung, ineffiziente Wasserversorgungsunternehmen, unzureichendes Finanzmanagement auf lokaler Ebene sowie eine fehlende öffentliche Kontrolle. Finanzierungsinitiativen der internationalen Gebergemeinschaft müssen deshalb mit entsprechenden Sektorreformen einhergehen, um die Aufnahmekapazität und Implementierungsfähigkeit der nationalen Strukturen zu verbessern.

Mobilisierung lokaler Mittel: Die jährliche Finanzierungslücke zur Erreichung der MDGs im Wassersektor liegt bei ca. 10-30 Mrd. Euro. Die Ursachen der Unterfinanzierung sind vielfältig: Nicht kostendeckende Wassertarife, schlechtes Inkassomanagement, fehlende bzw. ineffektive Regulierung und Überwachung. Damit einher gehen zu geringe öffentliche Investitionen in den Wassersektor und hohe Risikokostenerwartungen des Privatsektors (politische Risiken, Währungsrisiken), die dazu führen, dass Privatinvestitionen in den Wassersektor vor allem in Afrika rückläufig sind. ODA allein kann – auch wenn sie ansteigt – dieses Defizit nicht ausgleichen. Die Finanzierungslücke zur Erreichung der MDGs kann nur geschlossen werden, wenn es gelingt, künftig deutlich mehr lokale Mittel zu mobilisieren. Hierzu entwickelt die deutsche EZ derzeit geeignete Instrumente.

Abkürzungsverzeichnis

ACP	Afrikanische, karibische und pazifische Partnerstaaten der EU
AMCOW	African Ministers' Council on Water
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DAC	Development Assistance Committee /Entwicklungsausschuss der OECD
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
EU	Europäische Union/Europäische Gemeinschaft
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
G7/G8	Gruppe der sieben großen westlichen Industrieländer: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA (G8: plus Russland)
GEF	Global Environmental Facility/Globale Umweltfazilität
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
GWP	Global Water Partnership
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
KfW	KfW-Entwicklungsbank
MDG	Millennium Development Goals/Millenniums-Entwicklungsziele
MSD	Multistakeholder Dialog
NRO	Nichtregierungsorganisation
OAS	Organization of American States
ODA	Official Development Assistance/Öffentliche Entwicklungshilfe
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development/Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper/Nationale Armutsbekämpfungsstrategie
SWAP	Sectorwide Approach/ Sektorprogramme mehrerer Geber in einem Partnerland
TZ	Technische Zusammenarbeit
VN	Vereinte Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund/Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
WHO	World Health Organization/Weltgesundheitsorganisation
WSP	Water and Sanitation Program

Weitere Informationen erhalten Sie bei:

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Referat 313 „Wasser, Energie, Stadtentwicklung“

Dienstsitz Bonn
Adenauer Allee 139-141
53113 Bonn
Telefon: +49 (0)228/535-0
Fax: +49 (0)228/535-3500

Dienstsitz Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Telefon: +49 (0)30/2503-0
Fax: +49 (0)1888/535 25 01

E-Mail: poststelle@bmz.bund.de
Internet: www.bmz.de/en

BGR – Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Abteilung Rohstoffe, Internationale Zusammenarbeit

Stilleweg 2
30655 Hannover
Telefon: +49 (0)511/643-0
Fax: +49 (0)511/643-2304
E-Mail: poststelle@bgr.de
Internet: www.bgr.bund.de

Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH

Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon : +49-(0)228/2434-0
Fax: +49-(0)228/2434-111
E-Mail: poststelle@ded.de
Internet: www.ded.de

GTZ – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH

Abteilung Umwelt und Infrastruktur

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
Telefon : +49 (0)6196/79-0
Fax: +49 (0)6196/79-1115
E-Mail: info@gtz.de
Internet: <http://www.gtz.de>

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Tulpenfeld 5
53113 Bonn
Telefon : +49 (0)228/2434-5
Fax: +49 (0)228/2434-766
E-Mail: water@inwent.org
Internet: www.inwent.org

KfW Entwicklungsbank

Kompetenzzentrum Wasser- und Abfallwirtschaft

Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon : +49 (0)69/7431-4260
Fax: +49 (0)69/7431-3363
E-Mail: info@kfw-entwicklungsbank.de
Internet: www.kfw-entwicklungsbank.de



**BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

Dienstsitz Bonn
Adenauer Allee 139-141
53113 Bonn

Telefon: +49 (0)228/535-0
Fax: +49 (0)228/535-3500

E-Mail: poststelle@bmz.bund.de
Internet: www.bmz.de/en

Dienstsitz Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Telefon: +49 (0)30/2503-0
Fax: +49 (0)1888/535 25 01